Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.30. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufgr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 135. | Donnerstag den 13. Juni 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Kleine Anfragen.

Im Landtag wurden am Dienstag von der Regierung eine Reihe Kleiner Anfragen beantwortet. Auf die Anfrage des Abg. Mößner (Soz.) betr. Bereitstellung von Reichsmitteln zur **Fertigstellung der Staustufen Cannstatt und Münster** wurde geantwortet: Das Innenministerium ist ebenfalls der Auffassung, daß die im Gang befindlichen Arbeiten zur Verbesserung der Hochwasserabflußverhältnisse am Neckar bei Cannstatt und Münster nicht eingestellt oder auch nur verzögert werden dürfen und hat die ihm möglichen Schritte bei den maßgebenden Reichsstellen unternommen, um die Fortsetzung der Arbeiten zu ermöglichen. Auf die Anfrage des Abg. Wernwag (BB.) betr. **Abgabe von Laubstreu** an Landwirte wird u. a. geantwortet: Die Staatsforstverwaltung hat schon im Herbst 1928 den Forstämtern die Weisung erteilt, die entbehrliche Waldstreu so ausgiebig wie möglich der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Hiezu gehört vor allem die Nadelreisstreu, die Unkrautstreu (Gras, Heide, Beerkraut), die entbehrliche Moosstreu und das Laub auf Wegen und in tief eingeschnittenen Klingen. Dagegen kann das Laub aus den Beständen nicht abgegeben werden, weil es für die Erhaltung der vollen Ertragsfähigkeit des Waldes unentbehrlich ist. Um dem in einigen Landesgegenden infolge der Trockenheit des vergangenen Sommers herrschenden Streumangel zu steuern und den Wald vor der Laubentnahme zu schützen, hat das Wirtschaftsministerium durch Erlaß vom 24. November 1928 an die Oberämter Mittel zur Verbilligung des Torfstreubezugs zur Verfügung gestellt. Von der Bezugsmöglichkeit der verbilligten Torfstreu ist in reichem Maße Gebrauch gemacht worden. Bis Ende Mai 1929 sind bereits Gesuche von 281 Gemeinden genehmigt und rund 88 000 Ballen Torfstreu und Torfmull zum verbilligten Preis abgegeben worden. Hiedurch ist der Staatskasse der sehr beträchtliche Aufwand von mehr als 50 000 Mark erwachsen. Sämtliche beteiligten Behörden legten von Anfang an den größten Wert auf beschleunigte Behandlung aller Anträge, auch wo diese durch zeitliche Häufung der Anträge erschwert war. Auf die Anfrage des Abg. Schuler (Soz.) betr. Bereitstellung von Mitteln für die Württ. Wohnungskreditanstalt zur **Instandsetzung älterer Wohngebäude** wird u. a. erklärt: Die Mittel der Wohnungskreditanstalt, die für Instandsetzungsdarlehen vorgesehen sind, reichen nicht einmal für die gewöhnlichen Instandsetzungen aus. Weitere Darlehensbeträge für Behebung von Frostschäden an Wohngebäuden aus den für Neubauten vorgesehenen Geldern der Wohnungskreditanstalt abzuzweigen, ist bei der Knappheit auch dieser Mittel nicht möglich. Mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage können weitere Staatsmittel für den gewünschten Zweck nicht bereit gestellt werden. Auf die Anfrage des Abg. Joh. Fischer (Dem.) betr. **Fortsetzung der Remskorrektion** wird geantwortet: Die oberhalb des Oberamtsbezirks Waiblingen ausgeführten Verbesserungen der Rems steigern die Hochwassergefahr für Waiblingen nicht wesentlich, da die Rems im Oberamtsbezirk Waiblingen bei Hochwasser aus ihrem Bett austritt und hiedurch der Ablauf des Hochwassers verzögert wird. Für die Remsverbesserung im Oberamtsbezirk Waiblingen liegen eine Reihe von Entwürfen vor. Am ehesten ausführbar erscheint die Teilverbesserung von der Staatsstraßenbrücke in Waiblingen im Zuge der Staatsstraße nach Winnenden abwärts bis unterhalb der Waldmühle; indessen hängt die Ausführung zunächst von der Stellungnahme der Stadt Waiblingen ab. Andere umfassendere Verbesserungspläne erscheinen wegen der hohen Kosten und ihrer Unwirtschaftlichkeit wenig aussichtsvoll. Auf die weitere Anfrage des Abg. Joh. Fischer (Dem.) betr. Verkehrsschwierigkeiten an dem **schienengleichen Uebergang oberhalb des Bahnhofs Waiblingen** wird geantwortet: Die Beseitigung des schienengleichen Uebergangs im Zug der Staatsstraße Nr. 36, Stuttgart—Nördlingen, beim Bahnhof Waiblingen wurde von der Stadtgemeinde Waiblingen in erster Linie mit Rücksicht auf die von ihr gewünschte Straßenbahnverbindung Fellbach—Waiblingen erstrebt. Ein allgemeiner Entwurf liegt vor. Die sehr teure Beseitigung des schienengleichen Uebergangs könnte nur erreicht werden, wenn sich die Reichsbahn, die Straßenbauverwaltung und die Nutzen ziehenden Gemeinden an dem Aufwand beteiligen. Da sich die Umstände zum Teil geändert haben, insbesondere die Straßenbahnfrage noch nicht entscheidungsreif ist, ist zurzeit bei der Stadtgemeinde Waiblingen ein gewisser Stillstand in der Behandlung der Frage eingetreten; es muß die weitere Entwicklung vor allem die Lösung der Straßenbahnfrage abgewartet werden. Auf die Anfrage des Abg. Henne (Dem.) betr. **Gewerbesteuer** wird u. a. geantwortet: Wie die Regierung wiederholt nachgewiesen hat, vermag sie nicht anzuerkennen, daß sich das neue württ. Gewerbesteuergesetz zu Ungunsten des Handwerks auswirkt. Wenn infolge ungünstiger Entwicklung der Erträgnisse in einzelnen Industriezweigen das Handwerk in den betreffenden Bezirken einen größeren Anteil am gesamten Gewerbesteueraufkommen trägt als in der Vorkriegszeit, so ist dies eine Folge der veränderten Wirtschaftslage und nicht des Gewerbesteuergesetzes. Die reichsrechtliche Regelung der Grundsätze für die Realbesteuerung hat noch keine Gesetzeskraft erlangt; das sogen. Steuervereinheitlichungsgesetz, das diese Regelung bringen soll, ist vom Reichstag noch nicht beschlossen. Der Entwurf hat übrigens eine Fassung erhalten, die für selbständige Bestimmungen des Landes i. S. der Kleinen Anfrage so gut wie keinen Spielraum mehr läßt.

Die Polonisierung in Oberschlesien.

Berlin, 12. Juni. Von einer Riesenkundgebung des westoberschlesischen Deutschtums wird dem „Tag" aus Oppeln berichtet. Man ist dort vornehmlich über die vom preußischen Innenministerium zugelassenen polnischen Theaterspiele, sowie über die neuerdings inaugurierte preußische Minderheitenpolitik verstimmt gewesen. Wozu vielleicht zu sagen sein wird, daß diese Minderheitenpolitik im Grundsatz unzweifelhaft richtig ist, daß aber bei ihrer Ausführung dem Polentum, das, koste was es wolle, Terrain im preußischen Staate zu gewinnen trachte, zu viel durch die Finger gesehen wird. Im Anschluß an die Kundgebung wurde folgende an den Reichspräsidenten gerichtete Entschließung angenommen: „Tausende deutscher Männer und Frauen Oppelns, zu machtvoller Kundgebung versammelt, verfolgen mit ernster Besorgnis das ständige, planmäßige Vordringen des Polentums auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet in Westoberschlesien, und können nicht verstehen, wie deutsche Behörden durch Bevorrechtung der polnischen Minderheit und würdeloser Nachgiebigkeit die fortgesetzten unberechtigten und maßlosen Forderungen der Polen unterstützen. Wir erinnern nur an die sich verhängnisvoll auswirkende Forderung polnischer Theateraufführungen in der rein deutschen Stadt Oppeln. In unserer größten Not und Sorge wenden wir uns vertrauensvoll an Ew. Exzellenz, weil wir von Ew. Exzellenz wieder wie schon einmal die Rettung unserer Heimat erhoffen, und bitten, das bedrohte Deutschtum in Westoberschlesien zu stärken und mit allen gesetzlichen Mitteln dem polnischen Vordringen Einhalt zu gebieten."

Der zweite Schritt!

Aus industriellen Kreisen wird geschrieben: Beim letzten Schiedsspruch im Ruhrbergbau wurde dadurch eine Lohnerhöhung herbeigeführt, daß der Staat einen Teil der Beiträge zur Knappschaftskasse auf die Ueberschüsse aus Steuern übernimmt. Die Reichsstellen selbst, der Reichsarbeits- und der Reichswirtschaftsminister, sahen ein, daß eine weitere Belastung dieser Industrie nicht mehr möglich ist, ohne ihre Existenz in Frage zu stellen. Es wurde damals darauf hingewiesen, daß dadurch ein Präzedenzfall geschaffen werde, der sich noch in ganz bedenklicher Weise auswirken müsse, und wurden dann noch besonders die Reichsbahnarbeiter angeführt, die sich in einer ähnlichen Lage befinden, wie die Bergleute und ohne Zweifel auch auf die gleiche Berücksichtigung Anspruch haben. Die Befürchtungen sind eingetroffen. Um eine Eisenbahntariferhöhung, die nicht tragbar erscheint, aber bei der durch den Schiedsspruch festgelegten Lohnsteigerung um insgesamt 42 Millionen Reichsmark unumgänglich ist, zu vermeiden, soll diese Mehrbelastung der Reichsbahn aus Mitteln der Verkehrssteuer aufgebracht werden. Eine von allen Bevölkerungskreisen gezahlte Steuer soll also durch die öffentliche Hand einseitig zugunsten eines einzelnen Berufszweiges verwendet werden. Schließlich muß die Lücke, die durch den teilweisen Ausfall an Verkehrssteuern beim Gesamtsteueraufkommen entsteht, doch irgendwie ausgefüllt werden. Man spricht von einer Erhöhung der Verkehrssteuer. Das wäre ja aber nur eitel Spiegelfechterei, da es tatsächlich in der Auswirkung völlig gleichbedeutend mit einer Tariferhöhung wäre. — Kaum ist der erste Schritt auf der abschüssigen Bahn gemacht, folgt jetzt mit Naturnotwendigkeit der zweite.

Ein Manifest der Regierung zum 28. Juni.

Berlin, 11. Juni. Die „Germania" meldet: Verschiedene Organisationen und Verbände beabsichtigen aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles am 28. Juni größere Kundgebungen. Auch an Mitglieder der Reichsregierung sind bereits Einladungen zu solchen Kundgebungen ergangen. Daher hat, wie verlautet, das Reichskabinett eine Stellungnahme herbeigeführt, wonach sich die Regierung an Veranstaltungen, die von privaten Organisationen ausgehen, nicht zu beteiligen gedenkt. Auch der Reichspräsident hat eine Einladung der vaterländischen Verbände zu einem Massenprotest im Stadion abgelehnt. Dagegen ist für den 28. Juni ein Manifest zu erwarten, das sich an die Gesamtheit des deutschen Volkes wendet und das von der Reichsregierung oder möglicherweise auch vom Reichspräsidenten ausgehen wird.

Der Prozeß Stinnes.

Im Stinnesprozeß wurde erklärt, daß der holländische Bankier Schrandt sich zu seiner kommissarischen Vernehmung in Aachen bereit erklärt hat, aber keinesfalls in Berlin vor Gericht erscheinen will. Schrandt ist von Waldow als der Hauptbetrüger bezeichnet worden. Der Verteidiger Rathmanns stellt den Antrag, von einer kommissarischen Vernehmung Schrandts Abstand zu nehmen, wenn sich der Bankier nicht in Berlin an Gerichtsstelle vernehmen lassen wolle. Der Vorsitzende erklärt, auch das Gericht halte es für erwünscht, Schrandt in Berlin zu vernehmen, aber man könne einen Ausländer nicht zu seinem Erscheinen zwingen. Rechtsanwalt Dr. Alsberg schlägt vor, daß das ganze Gericht nach Aachen übersiedeln solle, wenn Schrandt nicht nach Berlin kommen wolle. Auf seine Vorhaltungen erklärt der Staatsanwalt, daß er Schrandt freies Geleit und Ersatz der gesamten Reisekosten nach Berlin zugesichert habe. Schrandt und die übrigen Amsterdamer Geschäftsleute haben aber erklärt, daß ihnen ihre geschäftlichen Interessen nicht erlauben, bis nach Berlin zu kommen. Dann wandte sich der Staatsanwalt an v. Waldow und hielt ihm vor, daß er kurz nach dem Zusammenbruch des Anleihegeschäftes auf das Geheiß von Hugo Stinnes hin ein Schriftstück angefertigt habe, in dem er das ganze Geschäft als sein eigenes Geschäft behandelte. In dieser Darlegung, die bereits im Hinblick auf einen etwaigen Skandal abgefaßt wurde, habe Waldow angegeben, die Anleihestücke seien im Ausland aufgekauft worden, weil die Kriegsanleihe in Deutschland zu knapp war. Diese Behauptung klinge ungefähr so, wie wenn man sagen würde, in München sei das bayerische Bier knapp. Waldow erwiderte, es gehe daraus hervor, daß er selber nicht wußte, wie die Sache stand. Der Staatsanwalt fragt, ob Waldow vielleicht mit dem Gelde von Stinnes hinter seinem Rücken spekulieren wollte, worauf Waldow erregt erwiderte: „Das ist mir niemals eingefallen. Ich habe bei dem Geschäft eher zugesetzt."

Vom kommunistischen Parteitag.

Berlin, 12. Juni. Der kommunistische Parteitag erfreut sich mit Recht allgemeiner Nichtbeachtung. Aber ein paar Kraftstellen aus den hundert Reden, die wie angedroht, dort steigen sollen, lohnt es immerhin herauszuheben. So die Erklärung des Reichstagsabgeordneten Münzenberg, des sogen. kommunistischen Stinnes: Die kommunistische Partei sei keine deutsche Partei, sondern die deutsche Sektion der kommunistischen Internationale. Ihr Vaterland sei die Sowjetunion. Bei einem Krieg gegen Rußland werde die Partei nicht nur Sabotage und bewaffneten Aufstand treiben, sondern auch eine aktive Unterstützung der roten Armee herbeiführen. Diese Erklärung, wenn schon sie eigentlich kaum etwas Neues oder Ueberraschendes bringt, bleibt dennoch wertvoll. Sie scheint uns unwiderleglich zu beweisen, wie närrisch es ist, wenn wir von Staats- und Verfassungswegen an der Fiktion festhalten, die Kommunistische Partei sei eine Partei wie andere auch und rein formalistisch mit ihr und ihren Angehörigen nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung verfahren. Aufhebenswert ist denn wohl auch eine Aeußerung des Herrn Ulbricht, des gegenwärtigen Verbindungsmannes zwischen Berlin und Moskau, der den Berliner Maiputsch als eine Art Generalprobe für den revolutionären Endkampf feierte. Die Maikämpfe hätten den Beweis erbracht, daß die Schutzpolizei nicht unüberwindlich sei. Die Kommunistische Partei habe daraus gelernt, wie ihre Kampfesmethoden noch zu steigern seien.

Ausland.

London, 12. Juni. In England sieht man in dem Young-Plan und der zu erwartenden Räumung die endgültige Liquidierung der Kriegsfolgen. — Das Hauptinteresse der englischen Politik wird in der nächsten Zeit dem Flottenausgleich mit den Vereinigten Staaten gelten.

Paris, 12. Juni. Die Verhandlungen über die Gründung der internationalen Reparationsbank werden so beschleunigt, daß die neue Bank nach der Ratifizierung des Sachverständigenberichts in Tätigkeit treten kann.

Minister Udrzal über den Spionagefall Falout.

Prag, 11. Juni. Verteidigungsminister Udrzal gab in der heutigen Sitzung des Senats eine längere Erklärung über den Spionagefall Falout ab, in der er feststellte, daß Kapitän Falout bis zum 1. April 1929 der Hilfskanzlei des Verteidigungsministeriums zugeteilt gewesen ist. Am 1. April d. J. wurde festgestellt, daß der Kapitän, der bisher keinerlei Anlaß zum Verdacht gegeben hatte, stark verschuldet sei, weshalb er zum Verteidigungsministerium versetzt wurde. Der Kapitän sei noch vor der Versetzung wegen seiner aus Leichtsinn gemachten Schulden auf den Gedanken gekommen, sich durch den Verkauf von militärischen Dokumenten an eine ausländische Macht Geld zu verschaffen. Er habe sich aufgrund eines gefälschten Urlaubspasses nach Berlin begeben und Verbindungen angeknüpft, die ihm die Verwertung von militärischen Dokumenten im Ausland ermöglichten. Das Material habe Falout der Operationsabteilung des Generalstabs entnommen, und zwar habe er sich seine Ortskenntnis und die gelegentliche Abwesenheit einzelner Offiziere zu Nutze gemacht, um auch nach seiner Versetzung einige Akten aus der Operationsabteilung zu entwenden. Es sei ihm allerdings nicht gelungen, sich Einblick in die wichtigeren Operationsakten zu verschaffen, doch bedeute das nicht, daß er seinen Auftraggebern nicht nützliche Dienste erwiesen hätte. Im ganzen habe der Kapitän für gelieferstes Material aus dem Ausland etwa 4000 Mark erhalten, ohne die ihm besonders vergüteten Spesen für mehrere Auslandsreisen. Nach dem vorliegenden Untersuchungsergebnis habe Falout keine Mitschuldigen gehabt.

Frankreichs Zwangslage.

Paris, 12. Juni. Während die reaktionäre Pariser Presse sich noch immer mit allen möglichen und unmöglichen Argumenten gegen die Madrider Besprechung zwischen Briand und Stresemann sträubt, mahnt der „Matin" zur Eile und weist darauf hin, daß alle jetzt noch schwebenden Probleme mit großer Dringlichkeit gelöst werden müßten. Die Franzosen hätten noch knapp 50 Tage, um vor dem Verfalltag der großen Schuld an Amerika das Abkommen über die französischen Kriegsschulden zu ratifizieren. Die Kammer werde jedoch diese Ratifikation nicht vornehmen, wenn die Reparationslösung nicht gesichert, das heißt wenn der Bericht der Sachverständigen nicht von den beteiligten Regierungen angenommen worden sei. Der Reichstag werde jedoch sicherlich dem Bericht nicht zustimmen, wenn er nicht die Gewißheit habe, daß die Rheinlandräumung daraus folge. Mit dem Versprechen einer Aufnahme von Verhandlungen über die Räumung sei der Reichstag nicht zufrieden. Er wolle vielmehr wissen, wann und wie die Räumung vor sich gehen wird. „Es wäre daher bedauerlich, wenn Briand und Stresemann nicht ihre Mußestunden in Madrid zu einer Sondierung des Terrains benutzen würden und auf diese Weise kostbare Zeit gewännen. Keine Regierung wird ihnen einen Vorwurf machen, wenn die beiden Außenminister jetzt schon die Initiative ergreifen. Dadurch können bei den weiteren Verhandlungen Umwege und falsche Manöver vermieden werden. Vor allem darf nicht behauptet werden, es handle sich bei diesen Besprechungen um einen Punkt der Erpressung. Die Beschlußfreiheit bleibt vollkommen gewahrt. Aber man muß sich darüber klar sein, welche schädlichen Folgen eine Zeitverschwendung für Frankreich hätten. In der ersten

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Unterredung zwischen Stresemann und Briand in Madrid sind die beiden Außenminister einig gewesen über die Grenzen und den eventuellen Nutzen ihrer persönlichen Aktion. Ein Entschluß zumindest kann aus ihrem Gedankenaustausch hervorgehen. Sie könnten schon jetzt den anderen interessierten Mächten den Ort und das Datum der politischen Konferenz fördern."

Der „Matin" bemerkt zum Schluß, daß die gestrige Unterredung Stresemann—Briand in sehr herzlicher Weise geführt wurde. Stresemann habe keinerlei Nervosität an den Tag gelegt, und Briand sei von verständnisvollem freundschaftlichem Geist beseelt gewesen. Es sei zu hoffen, daß in Bälde noch andere solche Besprechungen nachfolgen würden. Von den eingangs erwähnten reaktionären Organen, die alle erdenklichen Anstrengungen machten, um die Besprechungen über die weitere Behandlung der Genfer Beschlüsse zu hintertreiben, zeichnet sich besonders der „Figaro" aus. Das Coty-Blatt, das sich selbst gelegentlich das Zeugnis ausstellt, für die deutsch-französische Annäherung zu wirken, behauptet heute von neuem, über das Rheinlandprobleme könne in Madrid nicht diskutiert werden, weil der Sachverständigenbericht zu spät vorgelegt worden sei. Auch habe man sich über die belgische Markforderung noch nicht verständigt, zudem habe die englische Regierung keinen Delegierten nach Madrid geschickt. Unter diesen Umständen, behauptet der „Figaro", hätte sich Briand auf keine offiziellen Besprechungen einlassen können. Er habe sich darauf beschränkt, Stresemann zu erklären, er sei zu Verhandlungen bereit, sobald die Umstände es erlauben würden.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 11. Juni. Vom 1.—9. Juni 1929 fand das 1. Deutsche Bundesschießen für Zimmerschützen in Stuttgart statt. Die Konkurrenz war eine große, es beteiligten sich zirka 2000 Schützen aus allen Gauen Deutschlands, wobei sich auch der Zimmerschützenverein rühmreich beteiligte und sich einzelne Mitglieder folgende Preise sichern konnten: Meisterscheibe: Willy Krayer mit 24 Punkten 5. Preis, außerdem konnte ihm für seine Leistungen noch eine seidene Fahne überreicht werden. Glückscheibe: August Strohm mit einem 23 Teiler 14. Pr. und ebenfalls eine seidene Fahne, Willy Krayer sicherte sich einen 30 Teiler und Gustav Bischoff einen 102 Teiler. Adler-Scheibe: Julius Klauser 50½ Teiler, Ernst Ochner 86 Teiler, Jman. Müller 94 Teiler, Karl Schöntaler 95 Teiler. Adler-Serie: errang je einen Preis Ernst Ochner mit 38 Ringen und Willy Krayer mit 36 Ringen. Festscheibe: erhielten Preise Ernst Girrbach, Ernst Ochner, Emil Schmidt, Karl Schöntaler, Julius Klauser, und Willy Krayer konnte außerdem sich noch mit einem 217 Teiler auf die Festzugscheibe den 17. Preis sichern. Die preisgekrönten Schützen wurden unter Vorantritt von Spielleuten am Montag abend festlich empfangen und in die Stadt geleitet, wobei unter verschiedenen Ansprachen bei Schützenbruder Karl Silbereisen der Empfang seinen Abschluß gefunden hat. Wir gratulieren den wackeren Schützen für ihre schönen Leistungen, mögen sie auch fernerhin sich dem edlen Schießsport widmen nach dem alten Sprichwort, Ueb Aug und Hand fürs Vaterland.

+ **Calmbach**, 12. Juni. Heute nachmittag verunglückten 9 auswärtige Arbeiter, die beim Straßenbau im Kleinenztal beschäftigt waren. Als sie einen Materialzug begleiteten, entgleisten einige beladene Wagen, und sie kamen unter diese zu liegen. Schwer verletzt wurden sie hervorgezogen und dann dem Bezirkskrankenhaus zugeführt, nachdem Dr. Hopfengärtner die erste Hilfe geleistet hatte. Die Verunglückten sind Gustav Glauner aus Grüfenhausen und Christof Schleeh aus Agenbach. Letzterer ist ziemlich schwer verletzt.

Wildbad im Schwarzwald. Die Badverwaltung bietet ihren Gästen Gelegenheit zu mannigfacher sportlicher Betätigung. Neben schön gelegenen nach modernsten Regeln ausgeführten Tennisplätzen (mit Trainer) sind Schieß-Stände für Gewehre und Bogen vorhanden. Auch dem Tanzsport wird eifrigst gehuldigt unter Leitung des bekannten internationalen Tanzpaars Singer. Am 21. und 22. Juli findet ein Tennisturnier, am 3. August ein Tanzturnier um die süddeutsche Meisterschaft statt. Einen besonderen Anziehungspunkt für Sportangler bildet das ausschließlich den Gästen Wildbads vorbehaltene Fischwasser in der Enz mit einem reichen Forellenbestand. Wo.

Wildbad, 12. Juni. Oberbürgermeister Dr. v. Mülberger aus Eßlingen mit Gemahlin ist vorgestern hier angekommen und im Hotel Concordia abgestiegen. Er feiert heute hier im Kreise seiner Familie seinen 70. Geburtstag. Stadtvorstand Bäzner hat heute morgen dem Herrn Oberbürgermeister im Namen der Stadt unter Ueberreichung eines Blumengebindes die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

Württemberg.

Ludwigsburg, 12. Juni. (Die Frau auf der Straße verprügelt.) Zu ehrlichen Zwistigkeiten kam es gestern abend in der Nähe des Salonwaldes. Eine verheiratete Frau soll sich dort mit einem anderen Mann aufgehalten haben. Jedenfalls kam ihr Mann dazu und wußte nichts Besseres zu tun, als die Frau weidlich durchzuprügeln. Er scheint aber das Guten zu viel getan und die Frau verletzt zu haben, so daß sie infolge einer Achselverletzung in ärztliche Behandlung gehen mußte.

Stuttgart, 12. Juni. (Trauerfeiern.) Die Beisetzung der bei dem Bootsunglück auf der Iller ums Leben Gekommenen gestaltete sich zu großen Trauerkundgebungen. Oberregierungsrat Ekert wurde auf dem Steglfriedhof in Cannstatt beigesetzt, wobei Dekan Gauger-Ludwigsburg die tief ergreifende Trauerrede hielt. Es sprachen am Grabe Präsident Euting-Stuttgart, Landrat Schlör-Ludwigsburg und viele andere. Oberbaurat Köhler wurde auf dem neuen Friedhof in Ulm beigesetzt. Die Trauerrede hielt Stadtpfarrer Sauter. Nachrufe wurden u. a. gehalten von Oberbaurat Brehm-Stuttgart, Regierungsdirektor Dorn-Augsburg und Baurat Bauder-Ulm. In den Trauerreden und Nachrufen wurden Eigenschaften und Verdienste der Verstorbenen in innigen Worten gewürdigt.

Stuttgart, 12. Juni. (Zum Rücktritt von Komm.-Rat Dr. Colsmann.) Zu der Frage: Was ging im Luftschiffbau Zeppelin vor, schreibt das „Neue Tagbl." von Dr. Colsmann u. a.: Wir sprechen wohl kein Geheimnis aus, wenn wir sagen, daß es innerhalb des Luftschiffbaus Zeppelin verschiedene Strömungen gab, und so ist es naheliegend, anzunehmen, daß der Entschluß Colsmanns, nun plötzlich sein Werk zu verlassen, auf ernste Unstimmigkeiten zwischen den leitenden Persönlichkeiten zurückzuführen ist. Auch die weitere Vermutung wird nicht von der Hand zu weisen sein, daß die Unstimmigkeiten, die den letzten Anstoß zum Entschluß Colsmanns gaben, mit der letzten Fahrt des „Graf Zeppelin" in irgend einem Zusammenhang standen. Schließlich handelt es sich bei dem Luftschiffbau Zeppelin nicht um ein beliebiges privatwirtschaftliches Unternehmen, das Veränderungen wie diese als rein interne Angelegenheiten zu behandeln berechtigt ist, sondern um ein Unternehmen, das durch die Art, wie es geworden ist, in gewissem Sinne auch dem ganzen deutschen Volk zugehört. Und wenn nun der Mann, den das Vertrauens des Grafen Zeppelin dazu berief, die erste Luftschiffbaugesellschaft geschäftlich zu leiten, das Werk verläßt, an dessen Aufbau er unermüdlich gearbeitet hat, so wird man wohl verlangen dürfen, daß die Oeffentlichkeit nicht bloß mit einigen verhüllenden Redensarten abgespeist wird. Schon mit Rücksicht auf die Luftschiffbaugesellschaft selbst, deren Ansehen notwendig darunter leiden muß, wenn durch Unklarheiten dieser Art allen möglichen Vermutungen Tür und Tor geöffnet wird.

Stuttgart 12. Juni. (Für 8 Mill. R.M. Aufwertungsprozesse.) Die Henkel von Donnersmarcksche Verwaltung in Neudeck (Oberschlesien), die seinerzeit das Gelände des alten Stuttgarter Bahnhofs von der Württ. Staatsbahnverwaltung gekauft hat, hat gegen die Gesellschaften, die von ihr Teile des Geländes erworben haben, Aufwertungsprozesse im vorläufigen Betrag von 8 Mill. R.M. beim hiesigen Landgericht anhängig gemacht. Durch diese Prozesse dürften die Terrengeschäfte der Stadt Stuttgart einen üblen Nachgeschmack bekommen, da die Prozesse zweifellos nicht ohne eine gewisse Aussicht auf Erfolg anhängig gemacht worden sind. Die Verwaltung hat übrigens erst vor kurzem vor dem Reichsgericht einen Aufwertungsprozeß gewonnen. Uebrigens soll die Verwaltung seinerzeit zum Teil auch in entwerteter Papiermark bezahlt haben.

Stuttgart, 12. Juni. (Baukosten — Merkblatt.) Die Wohnungskreditanstalt hat in zahlreichen Fällen wahrgenommen, daß bei der Finanzierung von Wohnungsneubauten die sog. Nebenkosten, die z. B. beim Stuttgarter Einfamilienhaus vielfach mehrere Tausend Reichsmark ausmachen, nicht oder nur unzureichend berücksichtigt werden; dadurch sind die Bauherrn schon in große Verlegenheit gekommen. Bei der zur Zeit herrschenden Geldknappheit und den hohen Hypothekenzinsen ist es aber dringend nötig, daß sich Architekten und Bauherren über den zu erwartenden Bauaufwand vor Beginn ihres Bauvorhabens volle Klarheit verschaffen, zumal es auch der Wohnungskreditanstalt mit Rücksicht auf ihre beschränkten Mittel nicht möglich ist, die von ihr bewilligten Darlehen nachträglich zu erhöhen. Die Wohnungskreditanstalt hat daher ein Merkblatt über die Ermittlung von Nebenkosten bei Wohnungsbauten aufgestellt, das zum Preis von 5 Pfg. von der Buchdruckerei W. Kohlhammer in Stuttgart für sich oder zusammen mit den Vordrucken der Darlehensanträge zu erhalten ist.

Fellbach, 12. Juni. (Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft.) Die hiesige Gemeinde ist laut Erlaß des Oberamts Waiblingen wieder als Gemeinde mit Wohnungsmangel erklärt worden.

Eßlingen, 12. Juni. (Der Glückwunsch der Stadt für ihren Oberbürgermeister.) Der Glückwunsch der Stadt zum 70. Geburtstag wurde dem Stadtvorstand Oberbürgermeister Dr. von Mülberger heute in einem Schreiben des Gemeinderats und Landtagsabgeordneten Mayer übermittelt. Das Schreiben war von einem Ehrengeschenk und einem prächtigen Blumenstrauß begleitet. Das Rathaus ist heute beflaggt.

Ulm, 12. Juni. (Heilbronner Weinbörse.) Da bei der letzten Heilbronner Weinbörsen eine merkliche Zurückhaltung der Oberländer Wirte beobachtet wurde, entschloß man sich, einmal in Ulm selbst eine Weinbörse abzuhalten. Der Besuch war am gestrigen Tage verhältnismäßig gut. Die Proben haben allgemein sehr guten Anklang gefunden, die Kauflust war sehr rege, doch haben sich die Käufer, die bisher nur ganz billige Pfälzerweine gewohnt waren, auf sehr niedrige Preise eingestellt, so daß die Angebote vielfach nicht befriedigten. Trotzdem wurden verkauft an 1928er Weinen: Weiß mit Kirchling 3 Hl. zu 110 R.M., Rot 6 Hl. zu 120 R.M., Schwarzriesling 28 Hl. zu 130 R.M. Flaschenweine: 200 Flaschen 1926er Trollinger zu 1.80 R.M., 100 Flaschen 1927er zu 1.60 R.M., 300 Flaschen 1928er von Paul Braun zu 1.60 R.M., 200 Flaschen 1928er Schwarzriesling von der Winzergenossenschaft zu 1.70

Aufgaben und Arbeiten der Sparkassen.

Die von der Württ. Verwaltungsakademie Stuttgart zusammen mit dem Württ. Sparkassen- und Giroverband veranstalteten Fortbildungskurse für Sparkassenbeamte haben bei starkem Andrang aus allen Teilen des Landes, es sind über 300 Teilnehmer, ihren Anfang genommen. Präsident Ministerialdir. a. D. Reusser eröffnete die Kurse im dichtgefüllten Sitzungssaal des Wirtschaftsministeriums mit allgemeinen Ausführungen über die Fortbildungsarbeit der Verwaltungsakademie und einer Betrachtung über die Entwicklung, den Aufgabenkreis und die Bedeutung der Sparkassen. Die Sparkassen seien trotz ihrer modernen Ausgestaltung keine Banken geworden, sondern Sparkassen geblieben und hätten als solche wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Universitätsprofessor Dr. Eisfeld, Hamburg, behandelte in seinem Vortrag über die Hauptprobleme der Sparkassenbetriebslehre die wichtigsten und interessantesten Fragen der Organisation und des Betriebs der öffentlichen Sparkassen in Deutschland. Er zog an Hand eines umfangreichen statistischen Materials sehr aufschlußreiche Vergleiche zwischen den öffentlichen Sparkassen und den privaten Banken hinsichtlich der Geschäfts- und Anlagepolitik, des Geschäftsergebnisses, der Ueberschüsse und ihrer Verwendung, der Höhe der Verwaltungskosten usw. Eine eingehende Behandlung erfuhren drei Probleme: Buchhaltung, Spareinlagen und Rentabilitätsberechnung samt Budgetaufstellung und Nachkalkulation. Direktor Cremer vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband sprach über Neuzeitliche Aufgaben der Sparkassen. Der soziale Leitgedanke für die Arbeit der öffentlichen Sparkassen sei unveränderlich derselbe.

Das Todesurteil.

Roman von Kurt Martin.

(Alle Rechte vorbehalten.)

Vertrieb: Literarisches Büro „Das neue Leben", Bayr. Gmain, Oberbayern.

33

Er schloß die Augen.

— Wahnsinn war das! — Nein, nicht Wahnsinn! — Wahrheit! — Irmingards Hochzeitstag! — Und er? — Er! — So rasch ließ sie sich an den anderen ketten! So rasch entfloh sie ihm für immer! —

Er eilte zum Schrank. Riß die Reisetasche heraus. Warf einige Wäschestücke in die Tasche. Trat zum Schreibtisch. Oeffnete die Fächer. Griff nach Papieren, nach Briefen und legte sie zu der Wäsche. — Die Hand tastete nach dem Revolver. Da fuhr er zurück! —

„Nein! — Ich muß fliegen! Ich muß!"

Er lief zum Bahnhof. Der Sturm faßte ihn und riß an seinem Mantel. Es war ihm recht so.

Tobe, Sturm! Ich bin der Stärkere! — Tobe, Schicksal! Ich bin der Stärkere! —

Er saß im Zug und fuhr in die Nacht hinein.

Wie langsam das doch ging! — Ob diese Nacht je ein Ende nahm! —

Die Reisenden, die das Abteil mit ihm teilten, sahen mißtrauisch auf den Fremden, der starren Blickes vor sich hinbrütete. Aber alsbald erlosch dieses Interesse. Man lehnte sich bequem zurück und sank in Schlaf.

Nur Reinhold wachte. Die Räder hämmerten es in sein Hirn: Morgen ist Irmingards Hochzeitstag! — Morgen ist Irmingards Hochzeitstag!

Nein! — Jetzt hieß es ja anders! Es war ja zwei Uhr früh! — Heute ist Irmingards Hochzeit! — Heute!

Wirklich? — Irmingard wollte heute eines andern Weib werden? — Konnte sie denn das? Konnte sie es über sich bringen, einem anderen anzugehören? — Ja, sie tat es, um das andere in ihrem Herzen zu töten, um die Liebe zu ihm zu begraben! — Ein Opfer war es, das sie ihm brachte! — Und wenn er zu spät kam? — Wenn es geschah, bevor er in Koserow war? Wenn sie dann schon gebunden war? — Nein? — Das nicht! — Das nicht! —

Er riß den Fahrplan heraus und die Uhr. Verglich. — Ja, sie fuhren pünktlich. Sie würden zur angegebenen Zeit in Berlin ankommen! Er erreichte noch den Morgenschnellzug nach den Ostseebädern! —

Plötzlich gab es einen Ruck. Dann noch einen. Die Räder knirschten. Mit scharfem Stoß hielten die Wagen.

Reinhold riß das Fenster herab. Rings war tiefe Nacht. Der Sturm brauste, und der Regen sprühte ins Abteil. Stimmen wurden laut. Auch im Abteil hinter ihm. Man rief unruhig nach dem Zugpersonal. Angst erwachte in den Menschen. Sie dachten an das große Eisenbahnunglück vor wenigen Wochen bei Hannover. Drohte Gefahr? Der Tod? Man drängte in den Gängen. Draußen in der Nacht blitzten einige Lichter auf. Die Zugschaffner riefen:

„Keine Gefahr! — Ein Achsenbruch! — Aber wir liegen längere Zeit fest!"

Reinhold fuhr zusammen.

Jetzt kam es! — Jetzt wollte das Schicksal ihn niederzwingen! — Und er mußte still halten!

Er drängte die Menschen hart zur Seite. Aergerliche Rufe klangen ihm nach. Drohungen trafen sein Ohr. Er sprang aus dem Wagen. Tastete sich in Nacht und Sturm und Regen vor zur Maschine. Dort stand das Zugpersonal ratlos. Reisende riefen erregt durcheinander.

„Ich muß früh in Berlin sein!"

„Ich auch! Der Ausgang eines großen Prozesses steht für mich auf dem Spiele!"

„Ich muß zu meiner kranken Tochter!"

„Aber Sie sehen doch, daß wir nichts ändern können!"

Reinhold trat zu einem Beamten.

„Wie lange wird es dauern?"

„Wir müssen einen Hilfszug bestellen. Die Maschine kann nicht mehr weiter."

„Wann wird der Zug da sein?"

„Ich weiß es nicht."

„Ungefähr!"

„Vielleicht in zwei Stunden."

„Ist keine größere Ortschaft in der Nähe?"

„Da müssen Sie eine gute Stunde laufen, und dann kommen Sie nur nach dem kleinen Frosdorf."

„Ob man dort ein Auto bekommen kann?"

„Ich glaube es nicht. Wenn Sie hierbleiben, tun Sie klüger!"

Reinhold stand verzweifelt.

Gab es denn keine Hilfe? Mußte er sich wehrlos fügen? Mußte er warten und warten? Wehrlos dem Schicksal preisgegeben! — Irmingard! —

Er starrte in die Nacht und suchte die Lichter des Zuges, der Hilfe bringen sollte. Er lief zwischen den Gleisen in die Nacht hinein, dem Zuge entgegen.

Nein! Das nützte ja nichts! —

Er ging wieder zurück. Stand wieder im Scheinwerferlicht der Maschine. Riß die Uhr heraus. — Drei Uhr! —

Im Osten lichtete sich leis die Nacht. Irmingards Hochzeitsmorgen stieg herauf!

Eine Stimme rief.

„Dort kommt der Zug!"

Reinhold sah ihn jetzt ebenfalls. Die Lichter kamen langsam näher. Er eilte zu seinem Wagen, holte die Reisetasche.

Keuchend schob sich der Zug langsam heran.

Reinhold war der erste, der in einen Wagen sprang. Ein Drängen und Hasten begann. Die wenigen Waggons des Hilfszuges faßten kaum die Menge der Reisenden. Erst nach einer halben Stunde setzte sich der Zug in Bewegung. Es ging langsam vorwärts. In der nächsten Station gab es nochmals einen längeren Aufenthalt. Die Maschinen wurden wieder gewechselt. Dann ging es in beschleunigter Fahrt weiter.

Endlich! —

Reinhold starrte in den erwachenden Tag hinaus. Der Regen hatte aufgehört. Das graue Gewölk zerriß. Aber der Sturm peitschte in ungeschwächter Stärke die Bäume draußen, an denen sie vorbeifuhren, daß sich ihre Kronen tief neigten.

Mit dreistündiger Verspätung kamen sie in Berlin an. Reinhold bestürmte einen Beamten mit hastigen Fragen nach der Weiterfahrt. Der zuckte mit den Achseln.

„Der Bäderschnellzug ist längst fort. Und der Personenzug nach Swinemünde auch. Sie können erst um zwölf Uhr weiterfahren."

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Sparkassen haben die volkspädagogische Aufgabe, die Bevölkerung für den Spargedanken zu gewinnen, Geldsammelstellen zu schaffen und die gesammelten Gelder an den Mittelstand und die schwächeren Volksschichten im Wege der Kreditgewährung richtig zu verteilen. Die Sparkassen sind diesen Aufgaben stets nachgekommen. Dafür zeugen auch die 10 Milliarden Spareinlagen, die in den 5 Jahren seit dem völligen Zusammenbruch unserer Währung bereits wieder zusammengetragen worden sind und den Wiederaufbau der deutschen Mittelstandswirtschaft erst ermöglicht haben. Die Sparwerbung muß aber noch intensiver sein. Deutschland hatte vor dem Krieg 24 Millionen Sparer, heute erst 8 Millionen. Durch Schulsparkassen, Heimsparkassen usw. soll der Sparsinn der Jugend geweckt und gefördert werden. Dr. Marquardt vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband in Berlin berichtete über Praktische Steuerfragen für Sparkassen. An Hand einer Reihe von Einzelfällen zeigte der Vortragende die Wirkungen des heutigen Rechts und gab wertvolle Anhaltspunkte für die Handhabung der Bestimmungen in der Praxis. Dr. Hoffmann vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband in Berlin behandelte die Außenpolitik der Sparkassen, neuzeitliche Presse- und Werbearbeit. In der Betätigung der Sparkassen nach außen haben sich grundsätzliche Wandlungen gegenüber der Vorkriegszeit vollzogen. Die öffentliche Meinung spielt heute auch für die erfolgreiche Arbeit der Sparkassen eine wichtige Rolle. Auch die Sparkassen dürfen sich in der heutigen Zeit der Reklame der Notwendigkeit einer intensiven Sparwerbung nicht verschließen; sie müssen alle Möglichkeiten neuzeitlicher Werbung im Rahmen der ihnen durch die Eigenart ihrer Stellung gezogenen Grenzen ausschöpfen.

Wohlfahrtsfragen und Fürsorge-Erziehung.

Die Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg hielt am Dienstag vormittag im Festsaal der Handelskammer eine Wohlfahrtstagung, die überaus zahlreich besucht war. Der Vorstand der Zentralleitung, Staatsrat Rau, begrüßte die Teilnehmer und Gäste, besonders Staatspräsident und Innenminister Dr. Bolz, die Vertreter der übrigen Ministerien, der Stadt Stuttgart, der Vereinigungen der Freien Wohlfahrtspflege, der Organisationen der Wirtschaft, zahlreiche Vertreter der Bezirkswohltätigkeitsvereine, die Landräte des Landes, die Vertreter der Kirche und gab dann einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der Zentralleitung im vergangenen Jahr. In großem Umfang wurde die Zentralleitung begutachtlich von den verschiedensten Seiten angegangen. Sie wirkte mit bei der Verteilung einer vom Staat für die Unwettergeschädigten zur Verfügung gestellten Summe, dann bei den Maßnahmen zur Gesundung der Gemeinde Schloßberg. In Stuttgart wurden in acht Küchen über 192 000 Essensportionen an Erwerbslose verabreicht. Die Geldmittel der Zentralleitung stammen nur zum geringsten Teil vom Staat, überwiegend kommen sie aus Vermächtnissen, Stiftungen, Einzelgaben und Sammlungen. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Vortrag des Vorsitzenden des Allg. Deutschen Fürsorgeerziehungstags, Pastor Wolff-Hannover, über den „Kampf um die Fürsorgeerziehung". Der Vortragende knüpfte an an die in der letzten Zeit erschienenen literarischen Veröffentlichungen, die Aufführung von Theaterstücken und Filmen, die von der Tätigkeit der Erziehungshäuser handeln. Diese literarischen Gestaltungen lehnen wir keineswegs grundsätzlich ab, wir begrüßen es vielmehr, daß die Oeffentlichkeit sich einmal für dieses Gebiet interessiert. Es gibt zurzeit in Deutschland über 90 000 Fürsorgezöglinge; Revolten im Erziehungshaus können da überall vorkommen. Falsch ist der Vorwurf, daß die Fürsorgeerziehung infolge der richterlichen Anordnung eine Sondermaßnahme sei, es ist vielmehr eine Sicherung für die Familie, wenn nur nach sorgfältigem Beweisverfahren und auf Beschluß eines unabhängigen Richters Kinder aus einer Familie herausgenommen und in Fürsorgeerziehung gegeben werden. Durch Aenderung auf organisatorischem Gebiet, durch kleine gesetzliche Verschiebungen und Namensänderungen wird nichts besser gemacht, sondern nur auf pädagogischem Gebiet. Hier wirft man uns vor, es fehle uns an pädagogischem Verständnis und an der notwendigen Lebensnähe. Unser Prinzip ist: möglichste Freiheit, weg mit den Gittern und den Mauern von der Anstalt. Wir sind bemüht, die Zöglinge für ihr eigenes Milieu vorzubereiten und zu religiös-sittlichen Persönlichkeiten zu erziehen. In einem weiteren Vortrag sprach Regierungsrat Loebich-Stuttgart über Einzelfragen der Fürsorgeerziehung in Württemberg, ferner Medizinalrat Dr. Koch-Schussenried über die Aufgabe des Arztes als Berater des Erziehers, besonders auf psychiatrischem Gebiet. An die mit großem Beifall aufgenommenen Vorträge schloß sich eine Aussprache an. Am Nachmittag fand unter Führung von Oberregierungsrat Maikinder eine Besichtigung des Wichernhauses in Cannstatt statt.

Baden.

Pforzheim, 12. Juni. Auf der Kreisstraße bei Niefern verlor gestern abend der verheiratete Schlossermeister Wilhelm Barth die Herrschaft über sein Motorrad mit Beiwagen, sodaß dieses in eine Schar heimkehrender Arbeiter und Arbeiterinnen geriet und dann gegen einen Telefonmast prallte. Barth flog im Bogen ins Feld und blieb bewußtlos liegen. Er hat schwere Verletzungen am Kopf und an den Armen davongetragen. Drei Mädchen, Emilie Huber, Emma Engelsberger und Lina Gräßle, wurden verletzt, während die gleichfalls vom Motorrad mit fortgerissene Anna Kröner mit dem Schrecken davonkam. Rudolf Bach brachte die Verletzten nach Pforzheim ins Krankenhaus, wo Schlossermeister Barth bald hernach starb. Er war erst 33 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier noch kleiner Kinder. Von den Mädchen ist die 17jährige Polisseuse Emilie Huber aus Niefern am schwersten verletzt; sie hat einen Bruch des rechten Unterschenkels davongetragen.

Vermischtes.

Ein gefährlicher Spaziergang. Mit Grauen beobachteten Passanten einen Mann, der sich auf der Brüstung des oberen Kreuzes der St. Georgskirche in Nördlingen bewegte. Die Polizei veranlaßte schließlich den Mann, den gefährlichen Platz zu verlassen. Es handelt sich um einen Eisenbahnarbeiter, der aus Verzweiflung über wiederholte Arbeitslosigkeit sich vom Turm herabstürzen wollte, aber im entscheidenden Moment doch nicht den Mut dazu fand.

Der Giftmordprozeß Dr. Richter. Vor dem Schwurgericht in Bonn beginnt der Prozeß gegen den 30jährigen Facharzt für Ohren- und Nasenleiden Dr. Peter Richter, der seine Praxis in Bingen ausübt. Der Staatsanwalt klagt ihn wegen Giftmordes, begangen an seiner Geliebten, Frau Katharina Mertens, geborene Schmitz aus Bonn, und wegen Meineids an. In dem Prozeß sind etwa 50 Zeugen aufgeboten. Die Anklage baut sich auf Indizien auf, wonach Dr. Richter seine Geliebte durch Strophantin vergiftet haben soll. Aus der Vorgeschichte des Prozesses interessiert, daß Dr. Richter Frau Mertens im Mai 1923 kennen lernte, als deren Mann wegen eines Vergehens im Gefängnis saß. Nach seiner Entlassung reichte Mertens Scheidungsklage ein, Dr. Richter leistete jedoch damals vor dem Bonner Landgericht einen Eid, daß Frau Mertens nicht seine Geliebte gewesen sei. Es sind jedoch Zeugen da, die das Gegenteil beschwören. Außerdem wurde Frau Mertens mehrmals operiert, wobei der Paragraph 218 des Strafgesetzbuches verletzt worden sein soll und Dr. Richter die Kosten für eine solche Operation bezahlte. Frau Mertens hoffte, nun allmählich die Gattin Dr. Richters zu werden, dieser aber lehnte es ab, sich zu binden, und siedelte, um aus dem Bereich der Frau zu kommen, von Bonn nach Bingen über, wo er seine Praxis eröffnete. Frau Mertens reiste ihm jedoch nach und traf dort in seinen Räumen die Krankenschwester Wolff. Nach einer langen Auseinandersetzung zwischen den Dreien schlug Dr. Richter seine Geliebte. Damals muß auch der Giftmordgedanke in ihm aufgetaucht sein. Wenige Tage nachher besorgte er sich in einer Bingener Apotheke und in einer Wiesbadener Drogerie Strophantin, angeblich zu wissenschaftlichen Untersuchungen. Am 1. Dezember fuhr nun Dr. Richter nach Bonn und war abends mit Frau Mertens in ihrer Wohnung zusammen. Hier soll es zu neuen Auseinandersetzungen gekommen sein, weil die Frau erneut von ihm die Ehe verlangte. Dr. Richter nahm später bei Frau Mertens eine Untersuchung vor, bei der es zur Vergiftung gekommen sein muß, denn plötzlich wird es ihr schlecht; sie rafft sich noch auf und fährt mit Dr. Richter in ein Krankenhaus. Mit ihren letzten Kräften schreibt sie einen Brief an einen Bekannten, den Staatsanwalt von Wersch: „Lieber Otto, ich muß sterben, Richter hat mich vergiftet." Dann stirbt sie. Richter wird verhaftet. Die Obduktion der Leiche ergibt Anzeichen einer Vergiftung im Dickdarm. Ein Geständnis hat der Angeklagte bis heute noch nicht abgelegt. Die sechsmonatige Untersuchungshaft aber hat schweres Beweismaterial gegen ihn ergeben. Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von wenigstens 4 Tagen.

Verurteilte Bahn- und Posträuber. Nach dem Posträuber Hein machte der 32 Jahre alte, im Rheinland geborene Maler Wilhelm Werner mit seinem Raubgenossen Braun im Jahre 1928 den bayerischen Kreis Oberfranken durch seine verwegenen Taten unsicher. Nach einem gemeinsamen Einbruch in eine Forchheimer Waffenhandlung drangen beide maskiert in die Bahnstation Oberheide bei Bamberg ein und raubten die Schalterkasse aus. Die gleiche Tat vollbrachten sie in einem Postamt im Kreise Schwaben, wobei 3 Beamte durch Revolverschüsse verletzt wurden. In der Güterstation Kulmbach erzwangen sie tags darauf von dem Bahninspektor mit vorgehaltenem Revolver den Schlüssel zum Kassenschrank und erbeuteten dadurch 10 000 Mark. In Neuenmarkt ereilte sie das Schicksal. Werner schoß im Zuge gleich auf den Stationsbeamten, der ihn verhaften wollte und jagte diesem Beamten 4 tödliche Kugeln in den Leib. Während Braun kurze Zeit darauf sich selbst erschoß, wurde Werner später auf der Flucht von einer Polizeistreife festgenommen. Während der Voruntersuchung und im Laufe der Gerichtsverhandlung versuchte der Angeklagte, der einen sehr intelligenten Eindruck macht, den wilden Mann zu spielen. Auch blieb er mit Hartnäckigkeit in der Rolle des Stummen. Die Sachverständigen erklärten ihn für zurechnungsfähig. Das Schwurgericht Bayreuth verurteilte Werner wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus. Der Prozeß war insofern merkwürdig, als Werner während der ganzen Verhandlung kein Wort zu seiner Verteidigung ins Treffen führte.

Der romantische Einbrecher vom Balkan. Der Einbrecherchef Milan Djoritsch in Paris hatte die Gewohnheit, nach vollbrachter Arbeit einige Stücke Beethoven oder Chopin zu spielen. Er suchte dazu nicht etwa seine Privatwohnung auf, sondern pflegte diese Leidenschaft gleich in der Wohnung seiner Klienten zu befriedigen. So konnte man zu nächtlicher Stunde öfters herrliche Passagen klassischer Musik hören, um am Morgen festzustellen, daß der Musiker nicht nur Beethoven, sondern auch Perlen und Diamanten liebte, die er entführte. Auch sonst hatte der Balkanmann etwas romantische Manieren. Er pflegte sein Gesicht durch eine Samtmaske zu verhüllen und trug im Gürtel ein großes Messer, von dem er jedoch im Lauf seiner Verbrecherlaufbahn niemals Gebrauch gemacht hat. Er suchte grundsätzlich nur sehr reiche Leute heim. Doch nichts dauert ewig und so sitzt unser Musiker-Einbrecher samt seinen internationalen Mitarbeitern vor den Geschworenen der Seine, die sich freuen, einmal über etwas anderes als samtweiche Gattenmorde entscheiden zu müssen.

Auch eine Bilanz der Sachverständigenkonferenz. Der Direktor des Hotels Georges V. in Paris hat einen historischen Moment praktisch erfaßt: sofort nach der Unterzeichnung des Sachverständigenprotokolls bat er die Experten um „Souvenirs". Mister Young übergab ihm seine weißen Handschuhe. Mister Morgan schenkte ihm eine Sportmütze. Monsieur Moreau, Präsident der Banque de France, drückte ihm sein Zigarettenetui in die Hand. Und Dr. Schacht zog ein grünes Seidentüchlein aus der Tasche. Wenn Sie nach Paris kommen, können Sie alle diese Andenken in der Halle des Hotels in einem Glaskasten bewundern. Der geschäftstüchtige Hoteldirektor erhält der Nachwelt auch die 1700 Champagnerpfropfen, die die Konferenz springen ließ und hat die Zigarren gezählt, die geraucht wurden: es waren genau 9600. Vom Abschluß der Konferenz an erkundigte sich der Direktor höflichst bei jedem seiner Konferenzgäste, wann er abzureisen gedenke... Denn aus Amerika, England, Deutschland laufen ununterbrochen Bestellungen auf die Zimmer der einzelnen Delegierten ein. Die Appartements sind bereits zu horrenden Preisen vermietet.

Drei Fehlstarts auf Island. Die schwedischen Flieger, die Dienstag vormittag 9 Uhr zum zweiten Male nach Reykjavik zurückgekehrt waren, starteten zum dritten Male um 6.18 Uhr nachmittags, mußten aber wegen Motorschadens nach Reykjavik zurückkehren, wo sie um 8.15 Uhr eintrafen.

Neueste Nachrichten.

München, 12. Juni. Das Plenum des Landtags hat den kommunistischen Abgeordneten Dressel zur Strafverfolgung freigegeben. Dressel hatte sich im März d. J. in München an die Spitze eines Erwerbslosenzuges gestellt und beim Erscheinen der Polizei die Demonstranten zum Widerstand und zu Tätlichkeiten aufgefordert, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam und mehrere Personen verletzt wurden.

Darmstadt, 12. Juni. Die beiden einzigen Kommunisten des hessischen Landtages wurden auf 14 Tage von den Verhandlungen ausgeschlossen, weil sie der Aufforderung des Landtagspräsidenten, nicht in Rotfrontuniform zu erscheinen, und sich aus dem Sitzungssaal zu entfernen, nicht Folge leisteten. Da diese gewaltige Sommertagung vor Ende Juni ihr Ende findet, verlieren die beiden Kommunisten auch während der Sommerferien ihre Rechte als Abgeordnete.

Egelsdorf bei Königsee (Thür.), 12. Juni. Heute vormittag ereignete sich bei der Firma Zeise & Co. ein schweres Explosionsunglück. Beim Abmontieren eines Gaskessels flog dieser in die Luft. Ein Arbeiter war sofort tot, zwei andere wurden schwer verletzt.

Berlin, 12. Juni. Die Rechtsparteien des lippischen Landtags, die zu der von Sozialdemokraten, Demokraten und Volksrechtparteilern bestehenden Regierungskoalition in scharfer Opposition stehen, haben, wie aus Detmold gemeldet wird, in gemeinsamen Verhandlungen beschlossen, ein Volksbegehren mit dem Ziele einer Landtagsauflösung durch Volksentscheid zu beantragen. Die Opposition beruft sich dabei u. a. auf die Art der Regierungsbildung im Frühjahr, auf den Mehraufwand für die Beamtenbesoldung und auf die Berufung eines Dissidenten zum obersten Leiter des Schulwesens.

Berlin, 12. Juni. Der geplante Warenhausbau der Galerie Lafayettes ist in ein neues Stadium getreten. Soeben hat das Wohlfahrtsministerium seine Zustimmung zur Errichtung eines neunstöckigen Hochbaues am Potsdamer Platz zwischen Bellevue- und Friedrich Ebertstraße erteilt. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Warenhausbau an der Tauentzienstraße früher vollendet sein wird, als das Haus am Potsdamer Platz.

Berlin, 12. Juni. Hugo Stinnes wurde gestern in seinem Prozeß vernommen und bestritt entschieden jegliche Kenntnis von der Ungesetzlichkeit der Anleihegeschäfte.

Berlin, 12. Juni. Die Zeitungsmeldungen, wonach das Reichsfinanzministerium eine Auslandsanleihe aufgenommen habe, oder wegen einer solchen in Verhandlung stehe, sind unzutreffend.

Berlin, 12. Juni. Der Maurer Otto Krusius, der wegen Blutschande an seiner Stieftochter, mit der er nach der Trennung von seiner Ehefrau fünf Kinder hatte, und der zu zwei Jahren Zuchthaus und weiteren 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist auf ein Gnadengesuch seines Verteidigers auf Anordnung des Justizministers aus der Haft entlassen und begnadigt worden. Die Verurteilung wegen Blutschande erfolgte, obwohl die blutsverwandtlichen Beziehungen zwischen ihm und der Stieftochter, die aus der ersten Ehe seiner Frau stammte, nicht bestanden. Krusius und seine Stieftochter hatten nach der Geburt der Kinder ihr Aufgebot beim Standesamt angemeldet. Sie erfuhren aber, daß das Gesetz die Heirat zwischen ihnen nicht zulasse. Die Stieftochter hatte sechs Monate Gefängnis erhalten.

Breslau, 12. Juni. Der Disziplinarausschuß bei der Regierung Breslau verkündete gegen den Waldenburger Oberbürgermeister Dr. Weißner, der wegen der Vorkommnisse bei der Ausgabe einer städtischen Anleihe seit 1. Februar vom Dienst suspendiert war, gestern abend spät das Urteil. Der Angeschuldigte wird wegen Vergehens gegen das Disziplinargesetz zur höchstzulässigen Geldstrafe, die in der Entziehung des Monatsertrages seines jährlichen Diensteinkommens besteht, bestraft.

Basel, 12. Juni. Hier starb im Alter von 90 Jahren Kommerzienrat Otto Röchling.

Neapel, 12. Juni. Der Neffe eines Hausbesitzers in Neapel feierte in dem Hause seines Onkels die Taufe seines Sohnes. Während eines Tanzes, der sich an die Taufzeremonie anschloß, brach plötzlich der Fußboden der Zimmer im dritten Stockwerk ein, sodaß sämtliche Anwesenden in den zweiten Stock hinabstürzten, wo ebenfalls der Fußboden durchschlagen wurde, sodaß die Bedauernswerten im ersten Stock unter den Trümmern begraben wurden. Aus den Schuttmassen wurden zehn Schwerverletzte und zahlreiche Leichtverletzte hervorgezogen.

Straßburg, 12. Juni. Im Roos-Prozeß konnte die Verteidigung nachweisen, daß die Polizei wichtige Akten der Anklage in der Ueberfetzung gefälscht habe.

Paris, 12. Juni. Bei einem Ueberfall marokkanischer Bergstämme auf französische Truppen hatten die Franzosen sehr starke Verluste.

Amsterdam, 12. Juni. Heute morgen wurde hier auf dem Schloßplatz der Königin-Mutter Emma anläßlich ihres Besuches in Amsterdam und der Feier ihres 50jährigen Jubiläums der Königin der Niederlande eine Gesangsmassenkundgebung dargebracht, an der 11 000 Kinder teilnahmen, und der die gesamte königliche Familie vom Balkon des Schlosses aus beiwohnte. Gestern abend fanden bereits aus dem gleichen Anlaß ein Galakonzert im Konzertgebäude statt, zu dem ebenfalls die königliche Familie mit Gefolge, mehrere Mitglieder des Kabinetts, fast das gesamte diplomatische Korps und die Spitzen der Amsterdamer Gesellschaft erschienen waren.

Reykjavik, 12. Juni. Das schwedische Transozeanflugzeug Soerige ist heute früh um 8.41 Uhr von neuem zu seinem Flug nach Grönland aufgestiegen.

Colon, 12. Juni. Mitteilungen venezolanischer Revolutionäre aus Baranquilla melden die Hinrichtung des stellvertretenden Präsidenten des Staates Coro, General Lacle. Die Hinrichtung erfolgte auf Befehl des Rebellenführers General Urbina durch ein Erschießungskommando in La Vella. Man schätzt die General Urbina zur Verfügung stehenden Streitkräfte auf 3500 Mann.

Delhi, 12. Juni. Die beiden Inder Bhagat Singh und Buteschkwara die am 8. April d. J. den Bombenanschlag auf die gesetzgebende Versammlung verübt hatten, wurden zu lebenslänglicher Verbannung verurteilt.

Der Justizetat im Landtag.

Stuttgart, 12. Juni. Im Landtag wurde heute die Beratung des Justizetats fortgesetzt. Der Abg. Dr. Schumacher (Soz.) erklärte, daß der Normaprozeß kein Ruhmesblatt für die württ. Justiz gewesen sei, daß auf die Examensnote kein übermäßiger Wert gelegt werden dürfe und daß die Unabhängigkeit der Richter nicht durch die Personalpolitik des Justizministers zu groß werden dürfe. Die Landesarbeitsgerichte in Ravensburg und Tübingen seien überflüssig. Der Abg. Götz (B.B.) wünschte eine Erschwerung der Prüfungen, sprach sich gegen die Bildung von Sondergerichten aus und erklärte, die Landbevölkerung habe kein Verständnis dafür, daß sie vor einem Fräulein mit Seidenstrümpfen an einem schönen Füßchen und mit Hornbrille Recht suchen solle. Der Abg. Joh. Fischer (Dem.) trat für die Verwendung von Frauen im Richterdienst ein, äußerte Bedenken gegen die Personalpolitik im Justizministerium, zollte aber der Amtsführung des Justizministers selbst Anerkennung. Der Abg. Bollmer (Komm.) sprach von Klassenjustiz und der Sexualnot in den Gefängnissen. Man müsse die Gefangenen ohne Aufsicht mit ihren Frauen zusammenkommen lassen. Die Justizbarbarei könne nur durch den Sturz der bürgerlichen Gesellschaft beseitigt werden. Der Abg. Dr. Burger (D. Vp.) wünschte, daß mehr auf die praktische Bewährung des Richters, als auf die Examensnote gesehen werde. Justizminister Dr. Beyerle verteidigte den Richterstand. Vertrauenskrisen habe es in der württemb. Justiz so gut wie gar nicht gegeben. In Württemberg habe man, was Herkunft, Elternhaus, Vermögensklasse anlangt, eine gute Mischung im Richterstand. Bedauerlich seien die Ausführungen des Abg. Götz über die Frauen als Richter. In der Personalpolitik seien er und seine Mitarbeiter bestrebt, nach sachlichen Grundsätzen zu handeln und man werde in keinem Fall nachweisen können, daß bei dem Wechsel in höheren Richterstellen eine Ernennung unsachlich war. Der Minister stellte eine Erweiterung des Schöffengerichts Stuttgart für den nächsten Etat in Aussicht. Eine durchgreifende Verbesserung der Raumbedürfnisse an den Stuttgarter Gerichten lasse sich nur durch einen Neubau erreichen. Zunächst müsse einmal die Platzfrage gelöst werden. Der Normaprozeß habe die Lehre erteilt, daß man sich mit der Anerkennung des öffentlichen Interesses bei Wettbewerbsfragen nicht mehr zu weit vorwage. Die Bestrebungen des Staatsanwalts Cuhorst-Stuttgart, die bedauerlichen, das Volksleben vergiftenden Auswüchse der Literatur auf dem Gebiet des Sexuallebens und der Nacktkultur zu bekämpfen, unterstütze er in jeder Beziehung. Einige Mißstände in den Strafanstalten dürfe man nicht verallgemeinern. Das Sexualproblem sei schon längst erkannt. Es werde auch Strafunterbrechung gewährt, um das Familien- und Eheband aufrecht zu erhalten. Das Buch von Dr. Hodann „Geschlecht und Liebe" für die Strafanstalten zu verbieten, war aus Gründen der Menschlichkeit notwendig, denn das Buch löst nicht das Sexualproblem, es erhöht nur die Schwierigkeiten der Gefangenen. Der Abg. Gempper (Soz.) meinte, in Württemberg funktioniere das Strafverfahren ausgezeichnet, nicht aber das Erziehungsverfahren. Die Sexualnot in den Anstalten sei sehr groß. Dort würden die jungen Leute gründ-

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Gutzkäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

lich verdorben. Justizminister Dr. Beyerle betonte dann noch, daß für die Strafanstalten in den letzten Jahren eine Reihe von außerordentlichen Ausgaben gemacht wurden, daß die Staatsfinanzen es aber nicht zulassen, alles auf einmal zu ändern. Zum Schluß der Sitzung wurde das Gesetz zur Aenderung der Gerichts- und Notariatskostenordnung in zweiter und dritter Lesung debattelos erledigt. Morgen Abstimmung zum Justizetat und Wirtschaftsetat.

Mißachtung von Sozialdemokratie und Demokratie durch den Kultminister.

Stuttgart, 12. Juni. Die Sozialdemokratie und die Deutsche demokratische Partei des Landtags haben folgende Anfrage an das Staatsministerium gerichtet: „Die vom Kultminister vorbereiteten Entwürfe einer Denkschrift über die Umgestaltung der Lehrerbildung und eines Landesschulgesetzes sind nicht nur an eine große Zahl von Amtsstellen und Berufs- oder andere Vereine im Lande ausgegeben, sondern auch zahlreichen Abgeordneten des Landtags persönlich übermittelt worden. Die Unterzeichneten haben festgestellt, daß sich unter diesen Abgeordneten kein Mitglied der Sozialdemokratischen und Deutschdemokratischen Fraktion befindet. Sie halten diese nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgte Verteilung wichtiger amtlicher Drucksachen für unzulässig, da sie eine Verletzung der Gleichberechtigung aller Fraktionen des Landtags ist. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um diese unbegründete Mißachtung eines großen Teils des Landtags auszugleichen und Vorgänge ähnlicher Art für die Zukunft unmöglich zu machen?"

Curtius tritt vor Vögler.

Berlin, 12. Juni. Auf der Tagung des Vereins der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen nahm der Reichswirtschaftsminister, der in seinen vorhergehenden Ausführungen betont hatte, daß auch im politischen Leben das Menschlich-persönliche nicht ausgeschaltet werden dürfte, zu dem Rücktritt des Herrn Dr. Vögler vom Amte des deutschen Delegierten auf der Pariser Reparationskonferenz mit folgenden Worten Stellung: „Die Auffassung der Reichsregierung hat der Herr Reichsaußenminister auf der Pressekonferenz vom 27. Mai zum Ausdruck gebracht. Er hat das Telegramm des Auswärtigen Amtes an die deutsche Delegation zur Verlesung gebracht, in welchem es heißt: Hiesige Pressemeldungen, Vögler sei durch Druck schwerindustrieller Kreise zu diesem Entschluß gezwungen worden, sind falsch. Sein Entschluß ist vielmehr allein auf seine persönlichen Bedenken und Zweifel über Tragbarkeit übernommener Lasten zurückzuführen." „Niemand hat das Recht, anzunehmen, daß diese Feststellungen des Reichsaußenministers nicht auch von mir geteilt würden". „Ich fühle Ihnen gegenüber, Herr Dr. Vögler — zu dem anwesenden Herrn Vögler gewandt — unwandelbare Hochachtung und tiefen Dank. Ich füge hinzu, daß der Herr Reichskanzler inzwischen in einem Brief den Dank der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht hat. Man hat an den Rücktritt Dr. Vöglers falsche Maßstäbe gelegt. Wir vergessen und ersticken die Persönlichkeit. Wir wittern Klüngel, wo letzte Gewissensentscheidungen fallen. Ich habe nie daran gezweifelt, daß Herr Dr. Vögler während der ganzen Verhandlungen sich nur von seiner Ueberzeugung hat leiten lassen. Man mag sachlich zu der Entscheidung stehen wie man will. Das eine steht für mich fest, daß Dr. Vögler nur vor sich selbst und der Nation Verantwortung gefühlt hat. Das ist die gleiche Haltung — keine Rücksicht auf Organisationen, Parteien oder gar Koalitionen — die auch die anderen deutschen Sachverständigen beobachtet haben und die ebenso für alle Mitglieder der Reichsregierung maßgebend ist. Niemand aber, der sich den Sinn für Denken und Handeln freier Männer bewahrt hat, kann sich darüber wundern, daß bei solch wichtigen Entscheidungen die Entschlüsse verschieden ausfallen. Wehe der Nation, die es nicht mehr über sich gewinnt, ihr Geschick auf freie Entscheidungen von Männern zu stellen, die ihrem Vaterland dienen wollen."

Der Innenetat genehmigt.

Berlin, 12. Juni. Die Reichstagssitzung vom Mittwoch, die bereits um 10 Uhr begann, brachte endlich den Abschluß der seit mehreren Tagen sich hinschleppenden Aussprache zur zweiten Lesung des Reichshaushalts des Innenministeriums. Auf der Regierungsbank war gegen Mittag neben Severing noch der Finanzminister Hilferding erschienen. Die letzten Redner brachten nicht die geringsten neuen Gesichtspunkte in die Aussprache, sondern begnügten sich mit einer teilweise kleinlichen Polemik gegen ihre politischen Gegner, die zuvor zu Worte gekommen waren. Landsberg (Soz.) schloß die Aussprache kurz vor 1 Uhr, worauf die längst herbeigesehnte Abstimmung erfolgen sollte und der Innenetat genehmigt wurde. Ferner wird angenommen die deutschnationale Entschließung, in der gesetzgeberische Maßnahmen gefordert werden, um den Entartungen auf dem Gebiet der literarischen Erzeugnisse und des Theaters begegnen zu können gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten. Genehmigt werden die deutschnationalen Entschließungen, eine Nachprüfung zu veranlassen, ob die politische und religiöse Neutralität des Rundfunks sichergestellt ist. Abgelehnt wird die Entschließung, den 28. Juni, den Tag der zehnjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, als Reichstrauertag auszugestalten, ferner die Entschließung, sicherzustellen, daß dem Halten von Reichsgründungsfeiern am 18. Januar kein Hindernis bereitet wird. Die volksparteiliche Entschließung, die für eine Weiterentwicklung der Hochschule für Leibesübungen eintritt, verfällt der Ablehnung. Angenommen werden Entschließungen auf Verbesserung der Fahrpreisvergünstigungen für Jugendpflegefahrten. Namentlich abgestimmt wird über eine kommunistische Entschließung, die völlige Trennung von Staat und Kirche verlangt, auch diese wird abgelehnt, ebenso die verschiedenen Mißtrauensanträge gegen Severing.

Hilferding über die Reichsanleihe.

Berlin, 12. Juni. Der Haushaltsausschuß des Reichstags beriet heute das Haushaltsgesetz unter Zugrundelegung eines Kompromißantrages der Regierungsparteien, der dem Haushaltsgesetz eine neue Fassung gibt. Nachdem das Haushaltsgesetz bis auf den Paragraphen 6 erledigt ist, legt Reichsfinanzminister Dr. Hilferding eine Beantwortung der Anfragen über die 300-Millionen-Anleihe dar, wie infolge der Restriktion der Reichsbank die Aufnahme kurzfristiger Kredite für ihn nicht möglich gewesen ist, da die Kassenlage im Mai besonders schwierig und ohne neue Kredite diese Schwierigkeit nicht zu überwinden gewesen sei. Nur durch die Anleihe sei es möglich geworden, einen Ueberbrückungsvorschuß von 120 Millionen für den Mai von den Banken zu erhalten. Diesen Hauptpunkt habe die Anleihe erfüllt. Er sei durch sie in die Lage versetzt worden, alle Zahlungen im Mai rechtzeitig für das Reich zu leisten. Darüber hinaus erleichtere der Ertrag der Anleihe dauernd die Schwierigkeiten am Ultimo, weil er in dieser Höhe die Aufnahme kurzfristiger Kredite entbehrlich mache. Zu dem mangelhaften Ergebnis selbst bemerkte der Finanzminister: „Für die Kassen der Versicherungsträger und sonstigen Körperschaften habe die Anleihe deswegen keinen genügenden Anreiz geboten, weil sie nicht von der Körperschaftssteuer befreit gewesen sei. Bei den Banken sei die feste Uebernahme der Anleihe nicht durchzusetzen gewesen, weil bei dieser Anleihe die Situation anders gewesen sei als bei der Reinhold-Anleihe, die freilich verkäuflich gewesen wäre. Bei der neuen Anleihe wäre damit deshalb nicht ohne weiteres zu rechnen gewesen, weil einer der Hauptanreize die Befreiung von der Erbschaftssteuer für vom Erblasser selber gezeichnete Stücke gewesen sei."

Die Finanzlage der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 12. Juni. Einem uns verspätet zugegangenen Bericht zufolge beschäftigte sich der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in seiner letzten Sitzung mit der Finanzlage der Reichsanstalt. Nach einer Mitteilung des Präsidenten Dr. Syrup beträgt die Verschuldung der Reichsanstalt beim Reich zurzeit 275 Millionen Reichsmark. Der Verwaltungsrat nahm eine Entschließung an, in der gefordert wird, daß Reichsregierung und Reichstag unverzüglich, und zwar noch in dieser Saison gesetzgeberische Maßnahmen treffen, die geeignet sind, das finanzielle Gleichgewicht der Reichsanstalt wiederherzustellen.

Festvorstellung zu Ehren des Königs Fuad in der Staatsoper.

Berlin, 12. Juni. Zu Ehren König Fuads fand heute abend in der Staatsoper unter den Linden eine Festvorstellung statt, zu der die Reichsregierung eingeladen hatte. Beim Eintritt des Königs und des Reichspräsidenten in die große Mittelloge erhob sich das Publikum von den Plätzen, während das Orchester die Nationalhymnen spielte. Außer dem Reichstagspräsidenten, den Reichs- und Staatsministern, Staatssekretären des Reiches und Preußens hatten sich das diplomatische Corps sowie Vertreter beider Parlamente, der Reichswehr, der Reichsmarine, der Behörden, der Kunst und Wissenschaft, der Wirtschaft und Presse eingefunden. Zur Aufführung gelangte die Oper „Der Rosenkavalier" von Richard Strauß unter persönlicher Leitung des Komponisten.

Belgische Hetzpropaganda.

Berlin, 12. Juni. In Belgien lassen eine Anzahl von Firmen Klebezettel auf Briefumschlägen befestigen, durch die die Hetze gegen Deutschland betrieben wird. Das Reichspostministerium hat am 3. d. M. an die belgische Postverwaltung ein Schreiben gerichtet, in dem darauf aufmerksam gemacht wird, daß Briefe mit derartigen Bemerkungen nach den Bestimmungen des Weltpostvereins von der Beförderung ausgeschlossen sind und hat die Aufforderung daran geknüpft, für eine Abstellung dieses Mißstandes zu sorgen.

Südtiroler Beschwerde beim Völkerbund.

Der bekannte Südtiroler und frühere Abgeordnete in der römischen Kammer, Dr. Reut-Nicolussi, hat anläßlich der Verurteilung des Gemeindearztes Dr. Josef Kiener in Steinhaus im Abrntal zu dreijähriger Verbannung an die Mitglieder des Völkerbundsrates in Madrid und das Sekretariat des Völkerbundes in Genf folgendes Telegramm abgesandt: „Italienische Regierung verurteilte deutschen Arzt Dr. Josef Kiener, Steinhaus-Südtirol, ohne strafbaren Tatbestand, nur wegen Bekenntnisses zu den Rechten der nationalen Minderheit in Tirol, zu dreijähriger Verbannung. Erbitte dringend Einflußnahme auf italienische Delegation zwecks Milderung der Unterdrückungspolitik. Im Namen der Südtiroler Flüchtlinge Reut-Nicolussi, Innsbruck."

Einladung Hoovers an Macdonald.

London, 12. Juni. „Evening Standard" berichtet, daß der neue amerikanische Botschafter, General Dawes, der Freitag in London eintrifft, eine in sehr herzlichem Ton gehaltene Einladung des Präsidenten Hoover an Ramsey Macdonald zu einem Besuch in Washington überbringen werde. Es verlaute, daß Macdonald Amerika in der Frage der Flottenparität soviel wie möglich entgegenzukommen beabsichtigt.

Jeder Herr Jeder Knabe nur von Ludwig Kahn Westliche 2 · PFORZHEIM · Marktplatz die Kleidung trage!

Birkenfeld.

Zwangs-Versteigerung.

Montag den 17. Juni, 10 Uhr vormittags, werden meistbietend gegen Barzahlung versteigert:

1 Badeofen mit Badewanne (neu), 1 Brückenwaage, 1 Herren-Fahrrad (neu), 1 Herren-Fahrrad (gebraucht) und 1 Schreibmaschine.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Finanzamt. Vollstreckungsstelle.
J. A.: Knüppel.

Langenbrand.

Am **Sonntag den 16. Juni** findet durch Herrn Landwirtschaftslehrer Pfetsch von Calw hier eine

Felderbegehung

mit nachfolgendem **Vortrag** über „Grünlandsfragen" im **Gasthaus zum „Hirsch"** statt. Zusammenkunft mittags 2 Uhr beim Rathaus, wozu einladet

Den 12. Juni 1929. **Schultheißenamt.**

Calmbach.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnisnahme, daß ich unter

Rufnummer 271

ans **Telefonnetz Wildbad** angeschlossen bin.

Zugleich empfehle ich über die Sommerzeit

prima Speise-Eis,

auch werden **Bomben und Eis-Speisen** hergestellt.

Achtungsvollst
F. Burger, Bäckerei und Konditorei.

Wer verkaufen will, muß inserieren!

Württ. Schwarzwald-Verein Ortsgr. Neuenbürg.

Wanderung

am **Sonntag, 23. Juni 1929,** durch's Kaltenbachtal, Murgtal, Sasbachtal über Hohloh, Kaltenbronn und Kegelbachtal mit Bahnfahrt bis Wildbad und Autofahrt Wildbad—Gompelscheuer und Sprollenhaus—Wildbad. Abfahrt Stadtbahnhof 6.58, Ankunft hier 21.08. Fahrtkosten für Bahn und Auto RM. 2.50. Voranmeldungen sind nötig. Ich erbitte solche bis nächsten **Montag abend.**

Führer: Rektor Häußler.

Neuenbürg.
Zehn bis zwölf tüchtige

Erdarbeiter

können sofort eintreten.

Baugeschäft Geiger.

Enzklösterle.

Eine erstklassige

Kalbin,

39 Wochen trächtig, hat zu verkaufen

Joh. Georg Frey.

Wir verkaufen gegen Zahlungsfrist 1. 10. 29

ca. 13 Morgen Heu- u. Oehmdgras

in Losen von 15—31 Ar.

Zusammenkunft Dobeltal — Heuscheuer — **Samstag den 15. Juni 1929, abends 7 Uhr.**

Wir können die **Heuscheuer** für einen oder mehrere Käufer auch in **Miete** abtreten.

Karl Seufer, Kom.-Ges., Herrenalb.

Schömberg.

Bin unter

Nr. 81

an das **Fernsprechnetz angeschlossen.**

Adolf Amann,
staatl. gepr. Dentist.

Schömberg und Umgebung.

Alle im Jahre 1879 Geborenen

werden hiemit auf **Samstag den 15. Juni, abends 9 Uhr,** zu einer

Besprechung zwecks 50er-Feier

ins **Restaurant zum „Scharfen Eck"** (Theurer) eingeladen.

Die Einberufer.

Gaistal-Herrenalb.

Eine

Kalbin

hat zu verkaufen

Carl Weiß,
Maurer.

Suche für sofort oder 1. Juli ein fleißiges

Mädchen

für Küche und Haushalt.

Kurpension Burkhardt,
Schömberg, OA. Neuenbürg.

Neuenbürg.

Einladung!

Bei genügender Beteiligung

Ausflugsfahrt mit Aussichts-Kraftwagen des Postamts

am **Sonntag den 16. Juni:** Neuenbürg-Herrenalb-Gernsbach-Murgtal-Raumünzach-Schwarzenb. Stauser-Hundseck-Mummelsee-Ottenhöfen (Mittagspause)-Achern-Bühl-Baden-Baden-Schloß Eberstein-Gernsbach-Herrenalb-Marxzell-Neuenbürg. Abfahrt 7 Uhr morgens vom Marktplatz hier, Rückfahrt 9 Uhr abends. Fahrpreis 7 RM. Anmeldungen bis spätestens **Freitag nachm. 5 Uhr beim Postamt** erbeten. Nähere Auskunft daselbst.

Neuenbürg.

Ia Ruhr-Fettnußkohlen II

sind eingetroffen und werden zu Sommerpreisen abgegeben bei **Karl Pfister.**

Visiten-Karten

C. Meeh'sche Buchhandlung.